

Presseinformation

Nr. 433/2011

Kiel, Freitag, 26. August 2011

Innen und Recht / Bleiberecht



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Gerrit Koch: Der Vorstoß des Integrationsministers folgt dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit

In seiner Rede zu **Top 25+26** (§ 25 Aufenthaltsgesetz) sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Der Fall des vierzehnjährigen Tigran S. hat uns die Grenzen der geltenden Gesetze aufgezeigt, wenn es darum geht, wirklich jedem individuellen Einzelfall gerecht zu werden. Die Integrationsleistung eines jungen Menschen unter 15 Jahre ist bislang eben nicht dazu geeignet, einen Härtefall zu begründen, der einer Aufenthaltsbeendigung entgegenstehen würde.“ Dem Aufenthaltsgesetz fehle es an einer diesbezüglichen Flexibilität. Minister Schmalfuß habe mit seiner Entscheidung Anfang August in diesem Einzelfall für einen Ausgleich zwischen fehlendem Rechtsanspruch und Gerechtigkeitssinn gesorgt, erklärt Koch. Dies sei richtig gewesen, könne aber auf Dauer nicht der Weg sein, für Rechtssicherheit zu sorgen.

„Rechtssicherheit gründet sich nämlich nicht auf ständige Ausnahmeentscheidungen, sondern immer noch auf eine klare Gesetzgebung mit eindeutigen Rechtsfolgen. Es ist keiner Seite geholfen, wenn staatliche Entscheidungen der – wenn auch gut gemeinten - Willkür einzelner Entscheidungsträger überlassen werden.“ Der Vorstoß des Integrationsministers Schmalfuß folge dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Der richtige Weg führe über eine Gesetzesänderung, und zwar auf Bundesebene und nicht über eine Landesverordnung.

„Genauso wichtig ist es deshalb für einen weiteren erfolgreichen Aufenthalt in Deutschland, die Integrationsleistung des betroffenen Migranten an bestimmten Faktoren zu messen.“ Ganz sicher seien dies hinreichende deutsche Sprachkenntnisse sowie ein schon längerer Aufenthalt in Deutschland. Abhängig vom Alter solle sich jeder Immigrant seinen eigenen Lebensunterhalt verdienen können. Unabdingbar sei außerdem, dass jeder, der sich für Deutschland als Aufenthaltsort entscheidet, unsere demokratischen Spielregeln mitbringe. Das sei nicht zu viel verlangt, sondern selbstverständlich, so Koch abschließend.

www.fdp-sh.de